

Neue Zürcher Zeitung

Kommentar
von Johannes C. Bockenheimer

Der Greenpeace-Angriff auf deutsche Familienunternehmer entlarvt die Doppelmoral der NGO

Mit einem neuen Report will die Umweltorganisation die Macht von Unternehmen anprangern. Doch die Argumente sind schwach, der Ton schrill – und am Ende steht der Verdacht, dass die NGO selbst längst Teil jener Meinungsmacht ist, die sie bekämpfen will.

04.10.2025

Greenpeace sucht seit je den dramatischen Auftritt. Um sich Gehör zu verschaffen, klettern die Aktivisten auf Kühltürme, besetzen Ölplattformen oder schweben per Fallschirm in Fussballstadien. Selbst wenn die Organisation nur zum Stift greift, setzt sie auf grosse Gesten statt nüchterne Analyse. Denn das Ziel sind Schlagzeilen, nicht Zwischentöne.

So auch bei einem neuen Greenpeace-Report zur Stiftung Familienunternehmen (SFU), einem Interessenverband der deutschen Wirtschaft. Schon der Titel ist bezeichnend, es handele sich um einen «Klub der Reichen», suggeriert die Organisation.

Und zeichnet auf den folgenden 37 Seiten das Bild eines undurchsichtigen Netzwerks aus Konzernen und Milliardärs-Dynastien, das seine Macht missbraucht, um öffentliche Debatten und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Die Stiftung inszeniere sich als Stimme des Mittelstands, verfolge aber milliardenschwere Eigeninteressen. Und untergrabe damit Klimaschutz, Steuergerechtigkeit und das «Gemeinwohl».

Greenpeace selbst betont den Aufwand, der für den Bericht betrieben wurde. Monatelang habe man «investigativ recherchiert», um die Hintergründe des Netzwerks offenzulegen. Man habe öffentliche Register und Lobbydokumente ausgewertet, Websites analysiert, Gespräche mit Insidern geführt und sogar Einblick in interne Unterlagen der Stiftung erhalten.

Herausgekommen sei ein detailliertes Bild eines weitverzweigten Geflechts aus Politik, Wirtschaft und Interessenvertretung. Insgesamt 258 Unternehmen listet der Report auf, die – direkt oder indirekt – Teil dieses Machtzirkels seien. Darunter finden sich prominente Namen wie der Schraubenhersteller Würth, der Autokonzern BMW oder der Konsumgüterriese Henkel.

Doch genau hier beginnen die Probleme.

Eine Binsenweisheit als Enthüllung

Der Report mag den Eindruck einer investigativen Leistung erwecken. Auf den zweiten Blick ist das Ergebnis dünn. Ein Beispiel: Greenpeace wirft der Stiftung Etikettenschwindel vor. Familienunternehmen würden gemeinhin mit dem «Mittelstand» assoziiert, die Mitglieder der Stiftung seien mehrheitlich Konzerne mit Milliardenumsätzen – eine Erkenntnis, die die Organisation mit dem Tonfall einer Enthüllung präsentiert. «Die von uns dem Netzwerk zugeordneten Unternehmen sind grösstenteils international agierende Konzerne mit einem Jahresumsatz von über 50 Millionen Euro», heisst es im Report.

Der Erkenntnisgewinn? Fällt gering aus: Es gibt sehr erfolgreiche Familienunternehmen in Deutschland, die bei Umsatz und Gewinn der börsennotierten Konkurrenz in nichts nachstehen – was eigentlich eine Binsenweisheit ist.

Statt einer investigativen Entdeckung liefert Greenpeace hier vor allem den Beleg dafür, dass die Autoren des Reports offenbar grundlegende Strukturen der deutschen Wirtschaft nicht verstanden haben. Ein Skandal, wie ihn das Papier raunend andeutet, ist es jedenfalls nicht.

Die dehnbare Moral des «Gemeinwohls»

Wohlwissend, dass die Finanzkraft eines Unternehmens nichts über dessen moralisches Gewicht aussagt, greift Greenpeace zu einem rhetorischen Trick. Immer wieder ist von «Gemeinwohlinteressen» die Rede, die angeblich von der Stiftung und den ihr nahestehenden Unternehmen geschädigt würden. Was damit konkret gemeint ist, bleibt offen. Klimaschutz? Soziale Gerechtigkeit? Höhere Staatseinnahmen?

Gerade weil der Begriff so unklar ist, lässt er sich beliebig dehnen. Jede Position, die nicht mit der eigenen übereinstimmt, kann als gemeinwohlschädlich abgestempelt werden. Greenpeace verwandelt so eine politische Auseinandersetzung in eine moralische Bewertung.

Als Beleg für die angebliche Gemeinwohlschädigung führt Greenpeace einzig die Haltung der Stiftung zur Erbschaftssteuer an. Diese habe sich für grosszügige Ausnahmeregelungen eingesetzt. Doch die Besteuerung von Unternehmensnachlässen ist eine finanz- und verteilungspolitische Debatte. Mit Klimapolitik hat sie allenfalls am Rande zu tun.

Greenpeace vermischt hier zwei Themenfelder, um eine grössere Erzählung zu konstruieren: Wer sich gegen höhere Erbschaftssteuern ausspricht, so der implizite Vorwurf, blockiere automatisch auch den Klimaschutz – und handle damit gegen das «Gemeinwohl».

Politisch ist das geschickt, analytisch aber kaum haltbar.

Fragwürdige Kategorisierungen

Auch die zentrale These des Reports, die Stiftung kämpfe gezielt gegen ambitionierten Klimaschutz, ist fragwürdig. Der Beleg: Eine von Greenpeace selbst vorgenommene Einordnung der Unternehmen nach Industriezweigen – «emissionsintensiv» oder «emissionsarm».

Ob ein Unternehmen längst in klimafreundliche Technologien investiert, neue Verfahren entwickelt oder selbst einen Beitrag zur Transformation leistet, spielt dabei keine Rolle. Entscheidend ist allein, in welcher Branche es tätig ist – ganz gleich, ob es dort Fortschritte gibt oder nicht.

Vor allem aber unterschlägt Greenpeace, dass die Energiewende ohne viele dieser Industrien überhaupt nicht zu bewältigen wäre. So wird ohne die Stahlindustrie kein einziges Windrad gebaut, ohne die Betriebe der Betonindustrie wiederum kein einziges Windrad errichtet.

Gerade jene Branchen also, die Greenpeace pauschal als klimaschädlich einstuft, sind zentrale Bausteine der politisch angestrebten Klima-Transformation. Wer sie zu Gegnern erklärt, verkennt wirtschaftliche Zusammenhänge.

Interessenvertretung ist nicht per se illegitim

Ein weiteres Problem liegt in der Methodik, mit der Greenpeace die Zugehörigkeit zum angeblichen Netzwerk bestimmt. Wer dazugehören soll, muss keineswegs nachweislich politischen Einfluss ausgeübt oder gezielt Lobbyarbeit betrieben haben. Es reicht bereits, wenn ein Unternehmen einmal an einer Veranstaltung der Stiftung teilgenommen, eine Studie mitfinanziert oder einen Sitz im Kuratorium eingenommen hat.

In manchen Fällen genügt sogar eine personelle Überschneidung oder eine thematische Nähe. Auf diese Weise entsteht ein vermeintlich weitverzweigtes Machtgeflecht, das bei genauerem Hinsehen zu einem grossen Teil aus lose verknüpften Kontakten besteht – also aus Vorgängen, die in einer Demokratie völlig üblich und legitim sind.

Denn Interessenvertretung ist nicht per se illegitim. In einer pluralistischen Gesellschaft gehört es dazu, dass verschiedene Akteure – Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen oder Umweltverbände – versuchen, politische Prozesse zu beeinflussen. Problematisch wird dies erst dann, wenn Einfluss verdeckt oder unkontrolliert ausgeübt wird.

Der Vorwurf fällt auf Greenpeace zurück

Besonders widersprüchlich wirkt der Vorwurf der politischen Einflussnahme deshalb im Hinblick auf Greenpeace selbst. Denn die Organisation nutzt exakt jene Strategien, die sie kritisiert. Und das mit grossem Erfolg.

Schliesslich tritt die Organisation seit Jahrzehnten regelmässig gemeinsam mit anderen Umweltverbänden auf, wird als Sachverständige in Bundestagsanhörungen geladen oder von Ministerien um Stellungnahmen gebeten. Niemand erkennt darin automatisch eine orchestrierte Machtstrategie.

Damit nicht genug. Die Veröffentlichung des aktuellen Reports wurde von einer professionellen Medienkampagne begleitet. Nur wenige Tage später griff das ARD-Magazin «Panorama» die Ergebnisse auf und sendete eine Reportage unter dem Titel «Lobby für Superreiche?» – eine Formulierung, die sich kaum vom Greenpeace-Wording unterscheidet.

Die ARD-Redaktion stützte sich auf Dokumente, die Greenpeace ihr zugespielt hatte, und übernahm zentrale Argumentationslinien nahezu unverändert. Aus einer aktivistischen Analyse wurde somit eine journalistische «Recherche».

Genau hier zeigt sich das Kernproblem: Greenpeace wirft der Stiftung vor, über Studien, Medienarbeit und politische Kontakte Diskurse zu beeinflussen – und demonstriert im selben Atemzug, wie wirkungsvoll sie selbst diese Instrumente nutzt. Der Vorwurf fällt damit auf die Organisation zurück. Wer «Meinungsmacht» kritisiert, muss sich fragen lassen, ob er nicht längst selbst ein Akteur ebenjener Meinungsmacht geworden ist.